

Antrag öffentlich	Datum 13.12.2004	Nummer A0178/04
Absender SPD-Stadtratsfraktion		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Balzer		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 13.01.2005	
Kurztitel Neue EU-Richtlinie zur Luftverschmutzung		

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Landeshauptstadt Magdeburg von der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/30EG ab dem 1. Januar 2005 betroffen ist.

Sollten die darin aufgeführten Grenzwerte übertroffen werden, wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein geeignetes Verkehrskonzept vorzulegen, damit

1. auch bei evtl. notwendigen Fahrverboten der Verkehrsfluß in Magdeburg möglichst wenig tangiert wird und
2. der Stadt kein Schaden durch mögliche Klagen von Anwohnern stark befahrener Straßen entsteht.

Begründung:

Die Richtlinie 1999/30EG ist eine Richtlinie der Europäischen Kommission, die ab Januar verbindliche Grenzwerte für Feinstäube, wie Rußpartikel aus Dieselfahrzeugen, vorschreibt. Nur an höchstens 35 Tagen im Jahr darf der Tagesgrenzwert von 50 Mikrogramm Staub in einem Kubikmeter Luft überschritten werden. Fünf Jahre später muss dann zudem der Ausstoß von Stickstoffdioxid drastisch verringert werden.

Dies dürfte gravierende Auswirkungen auf den Autoverkehr besonders in den Großstädten haben. Um die Richtlinie zu erfüllen, könnten einige Städte gezwungen sein, Straßen oder ganze Viertel zeitweise zu sperren, Dieselaautos aus den Städten fernzuhalten oder gar eine City-Maut einzuführen. Diese Maßnahmen müssten kurzfristig erfolgen, denn anders wird es kaum möglich sein, die neuen, verbindlichen Grenzwerte einhalten zu können.

In Sachsen-Anhalt haben nach heutigen Erkenntnissen Halle und Aschersleben Schadstoffwerte zu verzeichnen, die über den neuen Grenzwerten liegen. So hat die Stadt Halle bereits erste Maßnahmen geplant, um Innenstadt-Verkehre umzuleiten.

Darüber hinaus hat ab dem 1. Januar 2005 jeder Bürger das Recht, Klage zu erheben, wenn die Grenzwerte nicht eingehalten werden, und damit verkehrseinschränkende Maßnahmen zu erzwingen. Die Folgen für die betroffenen Kommunen sind dabei noch nicht abzusehen.



Burkhard Lischka
Stadtrat der SPD-Fraktion